

I n f o r m a t i o n über ein Konsultationsgespräch zur Vorbereitung der 8. Delegiertenkonferenz der FDJW (16. bis 18. Mai 1980)

---

Vereinbarungsgemäß fand am 8. und 9. Januar 1980 eine Klausurberatung zu Fragen der Vorbereitung der 8. Delegiertenkonferenz der FDJW statt. An ihr nahmen Genosse Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW, der Vorsitzende der FDJW, Genosse Volker Junge, sein Stellvertreter, Genosse Manfred Götz, teil. Unsererseits waren anwesend Genosse Herbert Häber, Genosse Gunter Rettner, Sekretär des Zentralrats der FDJ sowie weitere Mitarbeiter der Westabteilung des ZK.

Die 8. Delegiertenkonferenz des Jugendverbandes wird vom 16 bis 18. Mai 1980 in der „Neuen Welt“ im Westberliner Bezirk Neukölln stattfinden. An ihr werden ca. 225 Delegierte - 150 mit beschließender und 75 mit beratender Stimme - teilnehmen.

Unsere Aussprache ergab völlige Übereinstimmung über die vorgesehene Änderung des Namens in „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“. Die dem Jugendverband angehörende Kinderorganisation soll künftig den Namen tragen „Pionierorganisation Karl Liebknecht“. Die leitenden Genossen des Jugendverbandes brachten zum Ausdruck, daß diese Namensumbenennung im Verband auf große Zustimmung stoßen wird und daß nach ihrer Einschätzung keinerlei Probleme auftreten werden.

In Verbindung mit der Änderung des Namens sowie weiterer notwendiger Satzungsänderungen, die jedoch nicht gravierend sind, wird gegenwärtig eine überarbeitete Verfassung (Statut) der Jugendorganisation vorbereitet, die auf der Delegiertenkonferenz beschlossen werden soll. Da die Verfassung der FDJW vorsieht, daß Anträge zu ihrer Änderung den Delegierten mindestens vier Wochen vor der Konferenz bekannt gegeben werden müssen, ist von den Genossen beabsichtigt, am 12. März 1980 auf einer Sitzung des Vorstandes den Antrag über die Änderung des Namens sowie über die weiteren Veränderungen der Verfassung zu beschließen und auf einer Aktivtagung am 25. März den Funktionären des Verbandes zu erläutern. Das bedeutet, daß mit dem Beschluß des Vorstandes vom 12. März 1980 die geplante Namensänderung öffentlich bekannt wird. Dieses Verfahren wird gewählt, weil es das Statut so vorsieht und weil zugleich damit vermieden werden kann, daß im Vorfeld der Delegiertenkonferenz die beabsichtigte Veränderung des Namens unbeabsichtigt durchsickert und evtl. durch Meldungen in der bürgerlichen Presse den Mitgliedern bekannt wird.

Die generelle Überarbeitung der Verfassung, die vor 11 Jahren beschlossen worden ist, ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Grundsätze und Ziele den veränderten politischen Bedingungen und den gegenwärtigen und künftigen Aufgaben des Verbandes anzupassen sowie in den Satzungsbestimmungen eine Reihe Erfahrungen der organisationspolitischen Arbeit zu berücksichtigen.

Völliges Einverständnis gab es auch darüber, als Hauptdokument des Verbandskongresses einen Beschluß über „Die Grundrechte der Jugend“ anzunehmen.

An Hand erster Überlegungen der Genossen der FDJW haben wir über die inhaltliche Aussage eines solchen Materials einen ausführlichen Gedankenaustausch durchgeführt. Die ursprüngliche Absicht, ein Dokument über die Grundrechte und außerdem ein Aktionsprogramm zu beschließen, wurde fallengelassen. Wir sind gemeinsam zu der Auffassung gekommen, daß es günstiger ist, ein einheitliches Dokument zu erarbeiten, in dem die generellen Grundrechte gefordert werden, aber zugleich jene wesentlichen Forderungen enthalten sind, die für die nächste Periode dem Kampf der fortschrittlichen Jugend in Westberlin Richtung und Ziel geben.

Es wurde unterstrichen, daß dabei die konkreten Bedingungen in der Stadt, die Positionen fortschrittlicher Kräfte in der Gewerkschaftsjugend, in der Schülerbewegung, von anderen Jugendverbänden, mit denen die FDJW zusammenarbeitet, Berücksichtigung finden müssen. Es geht um ein Dokument, in dem der sozialistische Jugendverband eine klare eigenständige Position zum Kampf um die Grundrechte formuliert, das aber zugleich so abgefaßt ist, daß es den Ausgangspunkt und die Ziele für ein breites Bündnis im Kampf um die Rechte der Jugend bietet.

Nach einer Einleitung, in der auf die Lage der Jugend in Westberlin Bezug genommen und an die wichtigsten Kampferfahrungen erinnert wird, soll es Aussagen geben zum Recht auf Arbeit und Ausbildung, zum Recht auf Bildung, zum Recht auf Gleichberechtigung, zum Recht auf Arbeits- und Gesundheitsschutz, zum Recht auf eine sinnvolle Freizeit, für politische Rechte der Jugend sowie für das Recht auf ein Leben in Frieden. Im abschließenden Teil soll dann der Zusammenhang zwischen dem Kampf um die aktuellen Forderungen und der Notwendigkeit des Kampfes um grundlegende gesellschaftliche Änderungen behandelt, zur Rolle des Sozialismus sowie über den Platz der fortschrittlichen Jugend Westberlins im revolutionären Weltprozeß unserer Zeit Stellung genommen werden.

Die Genossen der FDJW wollen bis zum 30. März den Entwurf dieses Dokuments ausarbeiten. Dann ist vorgesehen, diesen Entwurf gezielt mit jungen Arbeitern, mit Gruppen von Lehrlingen und Schülern usw. zu diskutieren. In seiner endgültigen geschlossenen Fassung soll das Dokument, gestützt auf Einzelanträge aus den Kreisdelegiertenkonferenzen, erst auf der Delegiertenkonferenz als Antrag des Vorstandes vorgelegt werden.

Es wurde besprochen, daß wir Gelegenheit haben werden, sowohl über den Entwurf des Dokuments über die Grundrechte als auch über das Referat des Vorsitzenden der FDJW im April noch einmal zu beraten.

In Vorbereitung der Delegiertenkonferenz werden außerdem konzeptionelle Vorstellungen zur weiteren Stärkung des Verbandes erarbeitet, die vor allem im Referat des Vorsitzenden sowie in Einzelbeschlüssen ihren Niederschlag finden werden. Das betrifft die Werbung neuer Mitglieder, die weitere Verstärkung der klassenmäßigen Erziehung, die Durchsetzung der Schulungs- und Bildungsarbeit bis in jede Gruppe, die beginnende Bildung von Betriebsgruppen des Jugendverbandes in 3 Konzernbetrieben (AEG, Siemens, Borsig), die Entwicklung der Arbeit der Freizeit-Clubs des Jugendverbandes u.a.

Für die nächste Zeit sind öffentliche Aktionen vor allem in folgender Richtung vorgesehen:

- Die im Herbst des vergangenen Jahres gebildete „Jugendaktion gegen Aufrüstung“ wird weitere Aktivitäten gegen die NATO-Rüstungspläne durchführen. Nächster Höhepunkt wird eine Kundgebung der Jugend am 20. Januar 1980 vor der Gedenktafel für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Landwehrkanal im Bezirk Tiergarten sein, wozu gemeinsam mit der FDJW eine Reihe anderer Jugendgruppen aufgerufen haben.
- Fortgesetzt wird die Kampagne „Geschichte macht klug - nein zum Faschismus“. Vor allem in Vorbereitung des 35. Jahrestages der Befreiung geht es darum, über Ursachen, Wesen und Ziele des Faschismus aufzuklären und die Jugend auf den aktiven Kampf für Frieden, gegen Aufrüstung und Neonazismus zu orientieren. Nachdem es in den zurückliegenden Monaten gelungen war, an etwa 90 Westberliner Schulen antifaschistische Tage zu veranstalten, beabsichtigen die Genossen, ähnliche Initiativen an weiteren Schulen, insbesondere an Berufsschulen und Berufsausbildungszentren sowie auch in Jugendfreizeitzentren Westberlins in Gang zu bringen.

Es gibt Überlegungen, wie man in den nächsten Wochen Aktivitäten gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für das Recht auf Arbeit und Ausbildung mit möglichst großer Öffentlichkeitswirkung durchführen kann. Außerdem wird der Vorschlag geprüft, ob es nicht möglich ist, in Erinnerung an die frühere Ostermarschbewegung an einem der diesjährigen Osterfeiertage in Westberlin einen großen Sternmarsch der Jugend von den Außenbezirken ins Zentrum zu organisieren (evtl. mit Fahrrädern, Motorrädern), der im Zeichen des Kampfes gegen die Raketenpläne der NATO sowie für die Grundrechte der Jugend stehen soll.